

Antrag Nr.: A0263/21

Datum: 10.09.2021

A N T R A G

Interfraktionell

AfD-Fraktion

Fraktion Freie Wähler

Gegenstand:

Schluss mit dem Genderwahn – Sprache muss einfach und verständlich bleiben

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Für die Landeshauptstadt Dresden gelten im Schriftverkehr, in Veröffentlichungen und Dokumenten die amtlichen Rechtschreibregeln und die daraus abgeleiteten Regeln des Handbuchs der Rechtsförmlichkeit des Bundesjustizministeriums.
2. Die Landeshauptstadt Dresden verzichtet auf den Gebrauch „gendergerechter“ und „geschlechtsumfassender“ Sprache, insbesondere auf Schreibweisen mit Schrägstrich („Bürger/in“), Binnen-I („BürgerIn“, „BürgerInnenmeisterIn“), Klammer („Bürger(in)“), Unterstrich („jede_r Bürger_in“; „We_lche Mita_rbeiterin will i_hre Texte künftig so schreiben müssen? Sie_r soll sich melden.“), Asterisk („Bürger*innen“), x-Form („Dix Studiex hat in xs Aufsatz geschrieben, dass zu viele „Gender“-Professxs gibt.“) und substantivierten Partizipien („LKW-Fahrende“ im Krankenhaus; vor dem Unwetter ins Haus „Geflüchte-te“).

Beratungsfolge

Plandatum

<u>Beratungsfolge</u>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	13.09.2021	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Sprache ist für den Menschen ein essentielles Mittel der Kommunikation. Deshalb muss die von Staat und Verwaltung gebrauchte Sprache für möglichst viele Bürger einfach, klar und verständlich sein.

Die sog. „Gendersprache“ führt dagegen zu einer umständlichen Ausdrucksweise und ist oft unlogisch, ungenau und sinnentstellend. Damit wird die Lesbarkeit und Verständlichkeit von Texten deutlich erschwert und eine zusätzliche sprachliche (wie auch kulturelle) Barriere für die Integration von Zuwanderern und die Inklusion behinderter Menschen geschaffen. Vor allem „kreative Lösungen“ zur Manifestation bestimmter gesellschaftspolitischer Forderungen mit Asterisk, Binnen-I, Gender-Gap, x-Form u.ä. sind nicht nur ein Eingriff in die deutsche Grammatik und stehen im Widerspruch zu den Regeln der amtlichen Rechtschreibung. Sie verlangen dem Verfasser eines Textes darüber hinaus ein möglicherweise unfreiwilliges politisches Bekenntnis ab, das in der Regel für den eigentlichen Zweck des Schreibens völlig ohne Belang ist.

Der mittlerweile als Lehnwort ins Deutsche übernommene Anglizismus „Gender“ bezeichnet heute im Englischen wie im Deutschen das nicht-biologische, soziale Geschlecht. Ursprünglich bezeichnete „Gender“ im Englischen bis in die 1950er Jahre ausschließlich das grammatische Geschlecht. Erst seit den 1970er Jahren gibt es, ausgehend von US-amerikanischen Feministinnen wie Gayle Rubin und Judith Butler, die Bestrebung, „Gender“ als wissenschaftlichen Terminus zu implementieren. Damit soll die besondere Bedeutung eines sozialen und vermeintlich gesellschaftlich konstruierten Geschlechts für ihre radikal-feministischen Theorien auch sprachlich definiert werden. „Gender“ ist damit nichts anderes als der Kampfbegriff einer radikalen und lautstarken Randgruppe, die sich die praktische Umsetzung einer gesellschaftlichen Utopie mittels „Social Engineering“ zum Ziel gesetzt hat. Die von einer politischen Minderheit mit zunehmender Unterstützung der Massenmedien forcierte „gengerechte“ und „geschlechtsumfassende“ Veränderung der deutschen Sprache erzeugt bei der überwiegenden Mehrheit der Bürger und über die politischen Lager hinweg Irritationen und Unbehagen. Sofern derartige Reaktionen bewusst hervorgerufen werden sollen, kann es nicht Aufgabe einer zu Überparteilichkeit und politischer Neutralität verpflichteten Stadtverwaltung sein, sich zum Vollstrecker eines politischen Aktivismus zu machen. Insbesondere verwehren sich Mitglieder des Stadtrats dagegen, hier von Seiten der Verwaltung vor einen ideologischen Karren gespannt zu werden, dessen Zielrichtung sie ablehnen.

Wolf Hagen Braun
Fraktionsvorsitzender

Thomas Ladzinski
Fraktionsvorsitzender

Jens Genschmar
Fraktionsvorsitzender

Anlagenverzeichnis:

-